

An die
Medien

Dortmund

17.01.06

GRÜNE an CDU: Her mit den Unterschriftenlisten!

Endlich mal eine Unterschriftenaktion der CDU, der man sich guten Gewissens anschließen kann! So kommentiert die Ratfraktion der GRÜNEN die von CDU-Ratsfrau Liedschulte angekündigte Unterschriftenliste gegen die von der CDU/FDP-Landesregierung vorgesehenen Kürzungen bei der Förderung der Frauenhäuser.

Birgit Unger, sozialpolitische Sprecherin der GRÜNEN Fraktion: „Hiermit bestellen wir zunächst mal zehn der „CDU gegen CDU“-Unterschriftenlisten. Hengstenberg und Liedschulte gemeinsam mit Schneckenburger und Unger auf einer Liste für den Erhalt der vierten Stelle im Dortmunder Frauenhaus – wenn es der Sache dient, sind wir gerne mit dabei!“

Noch schöner, so Unger wäre es gewesen, wenn die Unterschriftenlisten der Dortmunder CDU sich gegen die gesamten geplanten Kürzungen der schwarzgelben Landesregierung richten würden. So sollen die landesrechtlichen Leistungen um bis zu 20 Prozent reduziert sowie bei den landesfinanzierten Förderprogrammen insgesamt 165 Millionen Euro in allen Förderbereichen eingespart werden.

Birgit Unger: „Sollten diese Kürzungsabsichten tatsächlich umgesetzt werden, bedeutet das für Dortmund, dass alleine im Kinder- und Jugendbereich in diesem Jahr über fünf Millionen Euro fehlen. Drei Millionen fallen dafür an, dass das Land die Differenz zwischen den veranschlagten Elternbeiträgen für Kindergärten und den tatsächlich eingetribenen Beträgen nicht mehr übernehmen wird. Zwei weitere Millionen werden bei den Sachmitteln für Kindertageseinrichtungen fehlen. 100.000 Euro weniger gibt es für die Erziehungsberatungsstellen, dieselbe Summe wird auch bei der Kinder- und Jugendförderung gekürzt werden. Grund genug für weitere Unterschriftenaktionen gibt es also ausreichend.“

Nach Auffassung der GRÜNEN sind die geplanten Kürzungen im Landesjugendplan besonders pikant, da die CDU die damalige Volksinitiative zur Wiederaufstockung der Mittel massiv und publikumswirksam unterstützt hatte. Jetzt kürzt die CDU genau da, wo sie noch vor wenigen Monaten eine Erhöhung der Mittel gefordert hat.

Birgit Unger: „Bereits im Dezember hat der Rat auf GRÜN-roten Antrag eine Resolution gegen die geplanten Kürzungen von CDU und FDP verabschiedet und sie als sozialpolitisch ungerecht und unverantwortlich bezeichnet. Nicht nur die Arbeit der Städte, sondern insbesondere auch die Arbeit der Freien Träger wird dadurch massiv beeinträchtigt. Und genau das zeigt sich jetzt durch die konkreten Kürzungen beim Dortmunder Frauenhaus. Der Rat hat mit unserer Resolution die Landesregierung aufgefordert, auf die Einsparungen zu verzichten – übrigens gegen die Stimmen der CDU-Fraktion. Schön, dass da nun mit der geplanten Unterschriftenaktion bei der CDU anscheinend ein Umdenkungsprozess beginnt.“